



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die Sitzung des Kommunalen Beirates für die Teilhabe  
von Menschen mit Behinderungen  
am Mittwoch, 04.03.2015,  
im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:00

Ende: 18:05



Anwesenheitsliste

SPD

Hermann Demmerle

Bündnis 90/Die Grünen

Christian Kolain

FWG

Linda Klein

UBFL

Bertram Marquardt

Behindertenbeauftragter

Maik Leidner

Seniorenbeauftragte

Ulrike Sprengling

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Berichterstatter

Claus Eisenstein

Hans-Joachim Malo

Schriftführer/in

Ursula Reisinger

Hamdouni

Kamel Hamdouni



Christine Baumstark

Susanne Brunck

Helmut Friedmann

ab Top 3  
mit Begleitung Hr. Lang und Hr. Negwer

Birgit Fuchs

Walter Kammel

Dieter Lang

ab Top 3

Christine Maier

Günter Menger

mit Begleitung Fr. Burkhart

Steffen Reiser

Dieter Steigner

Yvonne Wenner

Entschuldigt

CDU

Susanne Burgdörfer

entschuldigt

Karl Burckgard

entschuldigt

Thomas Moser

unentschuldigt

Anke Rosenau

entschuldigt



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

1. Verpflichtung der berufenen und beratenden Mitglieder und Stellvertreter
2. Vorstellung der Teilnehmer und Bedarfe zur Gewährleistung der Barrierefreiheit der Sitzungen
3. Erläuterung der Satzung (Beschluss des Stadtrates vom 16. Dezember 2014)
4. Vorbereitung einer Geschäftsordnung des Beirates
5. Themensammlung zu Inklusion und Teilhabe in Landau
6. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

Verpflichtung der berufenen und beratenden Mitglieder und Stellvertreter

**Der Vorsitzende** begrüßte die Teilnehmer zur konstituierenden Sitzung des neu eingerichteten kommunalen Beirats. Nach Beschlussfassung des Satzungsentwurfs und Bestätigung der zur Vertretung der verschiedenen Interessenlagen vorgeschlagenen Mitglieder durch den Stadtrat waren die neun stimmberechtigten Mitglieder schriftlich in den Beirat berufen worden. Die sechs Interessenten, die sich darüber hinaus zur Mitarbeit bereit erklärt hatten, waren als Stellvertreter eingeladen worden.

**Der Vorsitzende** verpflichtete die anwesenden Mitglieder und Stellvertreter mit Handschlag auf Verschwiegenheit und gute Zusammenarbeit und wies insbesondere darauf hin, dass sie unabhängig und an keine Weisungen und Mandate gebunden seien.



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)**

Vorstellung der Teilnehmer und Bedarfe zur Gewährleistung der Barrierefreiheit der Sitzungen

Die Teilnehmer stellten sich persönlich vor und erläuterten ihre Motivation zur Mitarbeit, ihre jeweilige Vertretungsfunktion, ihre Unterstützungsbedarfe und ihre Anliegen.

**Der Vorsitzende** hielt daraufhin fest, dass im Beirat ein breites Spektrum an Betroffenheit und Fachlichkeit vertreten sei. In Anbetracht der jeweiligen Unterstützungsbedarfe seien die Möglichkeiten der Arbeitsweise dieses Gremiums besonders zu beraten. Um die Mitglieder nicht zu überfordern, wurde eine Sitzungszeit von längstens zwei Stunden vereinbart.



### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)**

Erläuterung der Satzung (Beschluss des Stadtrates vom 16. Dezember 2014)

Die mit der Einladung verteilte Satzung wurde in den wesentlichen Inhalten erläutert.

**Der Vorsitzende** stellte zu § 1 fest, dass in der Zusammensetzung des Beirats die Interessen zur Teilhabe der Einwohner und Einwohnerinnen mit verschiedenen Arten von Behinderungen vertreten seien.

Er stellte klar, dass nach § 2 ausschließlich kommunale Selbstverwaltungsangelegenheiten und keine Gesetzgebung und Rechtsausführung Gegenstand der Beratungen seien. In diesen Angelegenheiten habe der Beirat ein Antragsrecht, für das der Vorsitzende oder ein Vertreter aus dem Beirat in den Stadtrat entsandt werden könne. Nach Überprüfung der praktischen Umsetzung der Satzungsregelungen könnten auch eventuell notwendige Satzungsänderungen beim Stadtrat angeregt werden.

Die Regelung in § 3 zur Anzahl von bis zu neun stimmberechtigten Mitgliedern mit verschiedensten Behinderungen wurde in der Berufung berücksichtigt. Auch wenn eine Stellvertretung nicht offiziell vorgesehen ist, werden in der Anfangsphase die sechs weiteren Interessenten als Vertreter in die Sitzungen beratend eingeladen, die bei Bedarf die Funktion der stimmberechtigten Mitglieder übernehmen können.

Zur Häufigkeit der Sitzungen nach § 6 wurde dem Vorschlag **des Vorsitzenden** zugestimmt, vierteljährlich feste Sitzungstermine zu vereinbaren.



#### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

Vorbereitung einer Geschäftsordnung des Beirates

Dem Vorschlag **des Vorsitzenden** wurde zugestimmt, einen Ausschuss aus den stimmberechtigten Mitgliedern zu bilden, der die Themenvorschläge für die Tagesordnung der Sitzungen vorbereitet und die Ergebnisse in den Sitzungen vorträgt.

Im Beirat sollen die Themen zunächst unter den stimmberechtigten Mitgliedern beraten werden und die beratenden Mitglieder erst im zweiten Schritt auf Anfrage gehört werden. Diese Arbeitsweise wurde befürwortet, um der Diskussion aus der Sicht der Betroffenen Vorrang zu geben.

Wesentlicher Klärungspunkt wird sein, wie der Informationsfluss aus und in die städtischen Gremien sichergestellt werden kann. Angesichts der Fülle von Informationen und bestehender Regularien soll eine Methodik entwickelt werden, wie der Beirat in die betreffenden Fragestellungen eingebunden werden kann. Auch das Umfeld muss erst sensibilisiert werden, um für den Beirat wichtige Themen zu erkennen.

Aus den Reihen der Mitglieder wurde darauf hingewiesen, dass die Einladung rechtzeitig mindestens 10 Tage vor der Sitzung erfolgen soll.

Für die besonderen Erfordernisse in der Arbeitsweise von Mitgliedern mit und ohne Behinderung soll für die nächste Sitzung ein Entwurf einer Geschäftsordnung zu den gemeinsamen Spielregeln erarbeitet werden.

Die für den Beirat geltende Geschäftsordnung des Stadtrates soll den Teilnehmern mit dem Sitzungsprotokoll zur Verfügung gestellt werden.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Themensammlung zu Inklusion und Teilhabe in Landau

**Der Vorsitzende** schlägt vor, dass in der nächsten Sitzung Herr Leidner sein **Aufgabengebiet als Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderung** vorstellt, um die bereits bestehenden Möglichkeiten der Interessenvertretung kennen zu lernen.

Frau Brunck bat um Einbindung des Beirats in die Planung von Neubauprojekten und moniert auch die Barrieren bei bestehenden Bauobjekten wie z.B. die Stadtbibliothek. **Der Vorsitzende** regte an, in den nächsten Sitzungen **Gebäudemanagement und Bauamt** einzuladen, um anstehende Bauprojekte der nächsten drei Jahre vorzustellen und aktuelle Bedarfe zu bestehenden Einrichtungen mit öffentlichem Interesse vorzubringen.

Herr Steigner bat darum, die bereits vom **Stammtisch barrierefreies Landau** gesammelten Themen aufzugreifen.

Die Gehörlosenvertreter Herr Menger und Herr Krum baten mit Hilfestellung von Frau Burkhart um Prüfung der **Lautsprecheranlagen im Bahnhof**, da die bestehenden Digitalanzeigen oft nicht zur Orientierung ausreichen. Außerdem fragten sie nach **barrierefreien Führungen** bei der Landesgartenschau. Die Gehörlosenvertreter sollen die gesammelten Wünsche an **den Vorsitzenden** zur Klärung der Möglichkeiten weitergeben.

Herr Friedmann regte an, dass die **Bordsteine** in der Stadt abgesenkt werden sollten. Dieses Beispiel zeigte die Schwierigkeit, alle Interessen sowohl von Menschen mit Sehbehinderung als auch mit Mobilitätseinschränkungen auszugleichen. Anzustreben wäre hier die Teilabsenkung von Bordsteinen für Rollstuhlfahrer, Rollatoren oder auch Kinderwagen sowie Führungsleitlinien für Sehbehinderte.

Herr Leidner schlug vor, den Beirat über die **Verwendung von für die Inklusion bestimmten Landesmitteln** zu informieren und einzubeziehen. Ebenso wies er auf den notwendigen Notfallplan beim oft defekten **Aufzug am Hauptbahnhof** hin, den er bereits bei der zuständigen Stelle der Deutschen Bahn angeregt habe.

Die konkrete Vorgehensweise bei Anfragen zu bestehenden Barrieren wird Herr Leidner in der Vorstellung seines Aufgabengebietes in der nächsten Sitzung aufzeigen.

Herr Reiser interessierte sich für die Möglichkeiten als Schulträger, die **Inklusion in Schulen** zu unterstützen und voranzutreiben. Die bauliche und organisatorische Situation und der Einsatz von Integrationshelfern in Schulen seien noch zu verbessern.

**Der Vorsitzende** informierte hierzu über die bestehende Problematik im Streit um die Kostentragung für die durch die angestrebte Inklusion neu auf die Kommunen zu gekommenen Aufgaben. Herr Eisenstein und Herr Malo berichteten auf Anfrage über Fallzahlen und Kosten von jeweils derzeit 280.000 Euro für die Bereitstellung Integrationshilfen für Schulkinder. Das Jugendamt ist hier für Kinder mit seelischer, das Sozialamt für Kinder mit körperlicher und/oder geistiger Behinderung zuständig. Mit Einführung des Wahlrechts der Eltern zwischen Förderschule und Integration in Schwerpunktschulen durch das aktuell geänderte Schulrecht in Rheinland-Pfalz sei mit steigenden Integrationshilfen zu rechnen. Notwendig sei die Klärung von Verantwortlichkeiten zwischen Schulbereich und Eingliederungshilfe und die Überlegungen zu Gruppenleistungen.

**Der Vorsitzende** informierte, dass von der Vorabzuweisung des Landes für die Umsetzung der gewünschten Inklusion in Schulen von 10 Mio. Euro in Rheinland-Pfalz für die Stadt Landau ein Betrag von ca. 200.000 Euro zu erwarten ist, womit schon die Kosten der bereits geleisteten Integrationshilfen nicht gedeckt werden können. An diesem Beispiel wurde offensichtlich, dass die angestrebte Inklusion nur mit entsprechender finanzieller Ausstattung möglich ist.

Über die konkrete Umsetzung in Landau, könnten die beiden Fachämter in einer der nächsten Sitzungen berichten.



Frau Fuchs wies auf die **Wohnsituation für beeinträchtigte Menschen** hin, wo oft Preisbarrieren und sprachliche Barrieren bestehen und Unterstützung notwendig sei.

Herr Hamdouni sieht noch Bedarf, den **öffentlichen Nahverkehr** für die Belange von Menschen mit Behinderungen zu sensibilisieren. Hierzu könnten Vertreter der Verkehrsbetriebe in eine Beiratssitzung eingeladen werden.

Die Anregung von Frau Baumstark als Verantwortliche für Gremienarbeit, den Beirat auf der **Homepage** der Stadtverwaltung zu präsentieren, wurde sehr begrüßt. Hierzu werden die Mitglieder angeschrieben, um die Datenfreigabe zu erklären.



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)**

### Verschiedenes

In der nächsten Sitzung soll zunächst eine eigene Geschäftsordnung inhaltlich beraten werden. Herr Leidner wird sein Aufgabenfeld als Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen vorstellen. Außerdem könnten aktuell die Möglichkeiten für beeinträchtigte Menschen bei der Landesgartenschau aufgezeigt werden.

Ein Sitzungstermin wurde am **30.06.2015 um 17.00 Uhr** vereinbart. Die Sitzung könnte eventuell auf dem Gelände der Landesgartenschau stattfinden, was noch zu klären sei.

**Der Vorsitzende** dankte den Teilnehmern für die Mitarbeit. Der regelmäßige Austausch und die Einbeziehung der Belange von Menschen mit Behinderungen werden zur Weiterentwicklung unserer Stadt beitragen können.



Die Niederschrift über die 1. Sitzung des Kommunalen Beirates für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen der Stadt Landau in der Pfalz am 04.03.2015 umfasst 6 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 15.

Vorsitzender:  
Thomas Hirsch

Schriftführerin:  
Ursula Reisinger